

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Patrick Friedl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Benno Zierer

Abg. Ruth Müller

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christoph Skutella

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Hans Friedl

Abg. Ferdinand Mang

Staatsminister Thorsten Glauber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/21459)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/21460 mit 18/21472)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/21425 mit 18/21448)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/21473 mit 18/21482)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/21407 mit 18/21410)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 18/21398)

Die Gesamtredezeit zu diesem Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat ebenfalls 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren beiden Änderungsanträgen auf den Drucksachen 18/21476 und 18/21477 einfache Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Bachhuber von der CSU-Fraktion das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch im Haushaltsjahr 2022 ist der Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz wieder sehr ausgewogen und sehr weitsichtig. Er wächst mit einer dreiprozentigen Steigerung um 34 Millionen Euro auf 1,153 Milliarden Euro. Die Investitionsquote beträgt sage und schreibe 27 %. Die Schwerpunkte bilden mit

398 Millionen Euro Umwelt und Umweltbildung und mit 370 Millionen Euro die Wasserwirtschaft.

Natürlich enthält dieser Haushalt zahlreiche Ausgabenerhöhungen in wichtigen Bereichen, ich kann aber aus Zeitgründen nur auf die wichtigsten eingehen.

Zur Sanierung der bayerischen Moore sind zusätzliche Mittel in Höhe von 12,5 Millionen Euro vorgesehen. Das ist auch gut so; denn die Renaturierung der Moore ist ein wichtiger Baustein, um den Klimawandel zu meistern.

Zusätzliche 3,8 Millionen Euro stehen für die Umsetzung des Streuobstpaktes und zusätzliche 1,5 Millionen Euro für die Umsetzung des Landschaftspflegeprogramms zur Verfügung.

Zur Ausweitung des Vertragsnaturschutzprogramms gibt es eine zusätzliche Million. Das Vertragsnaturschutzprogramm, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Deutschlands größte Naturschutzfördermaßnahme und honoriert freiwillige Leistungen von Landwirten bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen. Für die Umsetzung des Landschaftspflegeprogramms sind zusätzlich wieder 1,5 Millionen Euro eingeplant.

Für die Förderung von Herdenschutzmaßnahmen gegen Übergriffe durch den Wolf gibt es eine Million Euro mehr, und für die Biotopkartierung zusätzlich 900.000 Euro.

Die im Haushaltsjahr 2022 neu ausgebrachte Titelgruppe "Naturerlebnis und Besucherlenkung" dient der Bündelung und Abbildung von Maßnahmen in diesem Bereich und ist mit 14,3 Millionen Euro ausgestattet. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Hier besteht verstärkter Handlungsbedarf.

Zur Stärkung der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus auf der Zugspitze werden die Mittel mit 2 Millionen Euro erhöht. Das Schneefernerhaus ist nicht nur ein Zentrum für Höhen- und Klimaforschung sowie ein Observatorium, sondern auch ein Kommunikations- und Tagungszentrum für Lehre, Bildung und Nachhaltigkeitsstrategien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, keine Frage: Der Klimaschutz und die Anpassungen an den Klimawandel gehören weiterhin zu den wichtigsten globalen Herausforderungen. Wie Ministerpräsident Markus Söder in seiner Regierungserklärung am 21. Juli vergangenen Jahres sagte, will die Staatsregierung ihre Klimaziele im Bayerischen Klimaschutzgesetz festschreiben. Dazu gehören zuvörderst:

Erstens, Klimaneutralität bis 2040 in Bayern; zweitens, Klimaneutralität für die Staatsverwaltung bis 2023; drittens, Reduktion des Treibhausgases um 65 % bis 2030. Dafür sollen rund 1 Milliarde Euro bereits im Jahr 2022 zur Verfügung gestellt werden und weitere Milliarden bis zum Jahr 2040.

Kolleginnen und Kollegen, außerdem werden insgesamt mit EU-Mitteln, GAK-Mitteln und Mitteln Dritter sowie der Abwasserabgabe wieder Investitionen für PRO Gewässer 2030 in Höhe von rund 200 Millionen Euro ermöglicht. Für investive Maßnahmen im Rahmen des Sofortprogramms Hochwasser 2021 sind Mittel in Höhe von gut 5,1 Millionen Euro eingeplant. Für den Neubau von Grundwassermessstellen zur Zielerreichung von 1.500 neuen Messstellen bis 2024 werden 2 Millionen Euro mehr veranschlagt. Auch für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen steht im Haushalt 2022 die Rekordsumme von 146,5 Millionen Euro zur Verfügung. Nach der aktuellen Förderrichtlinie RZWas 2021 werden Vorhaben der Sanierung kommunaler Trink- und Abwasseranlagen in Härtefällen gefördert. Nicht vergessen möchte ich: Für das Niedrigwassermanagement – eine wichtige Aufgabe für die Zukunft und die sichere Wasserversorgung – werden rund 40 Millionen Euro bereitgestellt.

Kolleginnen und Kollegen, dem voraussichtlichen Bedarf entsprechend werden auch die Mittel für die Förderung von Tierheimen und der Reptilienauffangstation im Jahr 2022 um 500.000 Euro erhöht. Die Förderung mit dann jährlich 2,8 Millionen Euro ist ein wichtiges Anliegen, damit die Tierheime und die Reptilienauffangstation langfristig planen und wichtige Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen angepackt werden können.

Zur Verhütung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest wird die erhöhte Abschussprämie für das Jahr 2021/22 fortgeführt; dafür sind zusätzlich rund 4,5 Millionen Euro veranschlagt. So werden insgesamt 21 Millionen Euro für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest im Jahr 2022 angesetzt.

Auch die Ansätze für den Verbraucherschutz und die Verbraucherinformation werden um knapp 1,1 Millionen auf insgesamt 10 Millionen angehoben. Das schützt die Verbraucher, aber auch die Unternehmen.

Noch ein Wort zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Diese Behörde wird zu einer digitalen Drehscheibe für Lebensmittelkontrolleure und Veterinäre ausgebaut. In den letzten dreieinhalb Jahren wurden allein in der Veterinärverwaltung 130 und im Umweltbereich über 1.000 neue Stellen geschaffen. So sind auch in diesem Jahr, in diesem Haushalt 2022, wieder 79,5 neue Stellen vorgesehen.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern stellt sich den aktuellen umwelt- und naturpolitischen Herausforderungen und hat schon sehr, sehr viel erreicht. Umwelt- und Naturschutz sowie die heimische landwirtschaftliche Produktion und die nachhaltige Forstwirtschaft haben in Bayern seit jeher einen sehr hohen, gleichrangigen Stellenwert und tragen maßgeblich zum Erhalt und zur Pflege des bayerischen Landschaftsbildes bei. Das war und bleibt ein Grundpfeiler unserer Politik. Wir werden den Weg auch in Zukunft konsequent weitergehen und dabei die bisherigen Erfahrungen unserer Politik zum Wohle von Natur und Umwelt und der Menschen einfließen lassen. Unser oberstes Ziel ist es jetzt, die Haushaltsmittel im Sinne der Bürger wirkungsvoll einzusetzen und messbare Ergebnisse zu erzielen. Ich danke Herrn Staatsminister Glauber für die Vorlage dieses ausgewogenen Haushaltes und wünsche ihm und allen Mitarbeitern viel Erfolg bei der Umsetzung. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, fordere ich auf und bitte Sie um Zustimmung zu diesem ausgewogenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie denken bitte an Ihre Maske. – Nächster Redner ist der Kollege Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Friedl, Sie haben das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Bachhuber! Vielen Dank für den Beitrag; er hat für mich eins deutlich gemacht: Wir sind in der Situation, dass wir eher so weitermachen wie bisher. Damit ist genau die Dramatik geschildert, dass nicht erkannt ist, in welcher Situation wir uns befinden. Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit derzeit verständlicherweise den schrecklichen Nachrichten und Bildern vom Angriffskrieg Putins in der Ukraine gehört, sind die Klimakrise und die Biodiversitätskrise die beiden großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir werden sie bewältigen. Wie wir sie bewältigen, entscheidet darüber, wie unsere Zukunft als Menschheit aussieht. Wir sind gefordert, in Bayern dazu unseren Teil beizutragen. Die riesige Bedeutung der Aufgaben Klimaschutz, Transformation der Energieversorgung, Anpassung an Hitze, Trockenheit, Starkregen und sonstige Extremwetterlagen und Erhalt der Biodiversität müssen sich zwingend im Haushalt 2022 abbilden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch weit gefehlt: Mit einem Zuwachs von nur 3 % im Einzelplan 12 wird bei den Ausgaben nicht einmal ein Inflationsausgleich erreicht. Real schrumpft der Umwelthaushalt – und das in diesen Zeiten!

Sieht man sich die 16 Bereiche der Ausgaben im Umweltministerium an, so findet im Bereich "Naturschutz und Landschaftspflege" mit 5 % gerade einmal ein Inflationsausgleich statt. Schlechter sieht es im Bereich "Klimaanpassung" aus. Beim so wichtigen Wasserbau samt Hochwasserschutz und Starkregenvorsorge sind nur 2 % mehr drin. Das ist inflationsbereinigt ein Minus von 3 %.

Die mühsam zusammengerechnete Klimamilliarde klingt nur groß. Sie schmilzt beim näheren Anschauen aber schnell zusammen. So wäre sie ohnehin nur 1,4 % des ak-

tuellen Haushaltsvolumens von 71 Milliarden Euro. Ein Drittel davon geht in die Wasserstoffprojekte, die sich in Bayern nicht ausreichend auf erneuerbare Energie verlassen können und deshalb auch schwer zu etablieren sind.

Noch schlechter schaut es bei der Biodiversität aus. Für Naturschutz und Landschaftspflege sind 229 Millionen Euro vorgesehen; das sind traurige drei Tausendstel des bayerischen Landeshaushalts. Es ist aber bereits jetzt abzusehen, dass diese Mittel aufgrund des knappen Personals überhaupt nicht ausgegeben werden können.

Ein großes Problem ist der Stellenplan. Trotz der herausragenden Aufgaben des Umweltministeriums sind im Stellenplan nur 6.442 Stellen verzeichnet, also für den gesamten Bereich nur ganze 78 Stellen mehr. Das Bau- und Verkehrsressort kommt im Vergleich auf 9.230 Stellen; das sind 106 neue Stellen. Wenn man den Schwerpunkt sieht, dann liegt er in Bayern mehr auf der Flächenversiegelung und neuer Infrastruktur als auf dem Naturschutz.

Im Umweltministerium können selbst wichtigste Aufgaben nur mit Projektstellen abgedeckt werden. Gute Mitarbeiter*innen sind ohne Aussicht auf feste Stellen und suchen dann schnell das Weite. Wir haben ein großes Fachpersonalproblem; das Personal ist dann kaum zu halten. Wir haben für wichtige Aufgaben der Naturschutzbehörden wie die Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten und vielem anderen inklusive des Biotopschutzes eine viel zu dünne Personaldecke. Wir haben bei der Biodiversität große Probleme, überhaupt die Aufgaben zu erfüllen. Unsere Anträge auf Aufstockung bei den unteren und oberen Naturschutzbehörden und im Bereich Klimaanpassung wurden wie immer vollständig abgelehnt.

Ich komme dann noch zur Moorrenaturierung, die für uns ausweislich den Zahlen insgesamt ein Trauerspiel ist. Wir haben im Moment 1.000 Hektar erreicht. Die früheren Ziele waren 11.000 Hektar. Der Ministerpräsident hat hier von 55.000 Hektar gesprochen. Wenn man diese erreichen wollte, müssten wir unsere Anstrengungen verzweifachen. Wo bitte bildet sich das im Haushalt ab?

Dazu dann noch der Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung, wo wir für Sturzflutrisikomanagement und Hitzeaktionsplanung einfach viel mehr Förderung, eine bessere Koordinierung und mehr Personal brauchen. Vor allem werden die Kommunen weitgehend allein gelassen.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Umweltstationen: Die Umweltstationen haben in der Corona-Krise große Probleme gehabt. Wir haben auf unseren Druck hin und zusammen mit dem Umweltministerium – hier auch ein Dank ans Umweltministerium – mit einer Erleichterung erreicht, dass die Umweltstationen mit ihren Förderungen klar kommen konnten. Sie weigern sich aber bis heute, in die strukturelle institutionelle Förderung zu gehen und betreiben nur die Projektförderung. Das ist für uns unverständlich.

In Summe ist das Fazit: Die Dramatik der Lage von Umwelt, Klima und Artenvielfalt ist bei den Regierenden noch nicht angekommen. Sie ist auch in diesem Haushalt erneut nicht zu erkennen. Dafür hätten Sie wesentlich mehr tun müssen. Wir lehnen den vorgelegten Umwelthaushalt deshalb ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD. Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Lieber Herr Friedl, werfen die GRÜNEN jetzt sämtliche Werte endgültig über Bord und akzeptieren sie jetzt klaglos umweltschädliches Fracking-Gas aus Ländern, die Menschenrechte mit Füßen treten und die uns Gas zukünftig mit Schiffen liefern, die Unmengen an Schweröl verbrauchen und der Umwelt zusätzlich schaden? Wie wollen Sie diese klimaschädliche grüne Energiewende Ihren Klimaaktivisten überhaupt klarmachen?

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege! Die letzten 16 Jahre haben nicht die GRÜNEN zu verantworten. Wäre die grüne Umwelt- und Energiepolitik aus den Jahren 1998 bis 2005 sinnvoll fortgeführt und nicht seit 2014 wie in Bayern mit dem 10-H-Gesetz und wie im Bund mit dem Zurückdrängen des Ausbaus der erneuerbaren Energien eingeschränkt worden, würden wir heute nicht vor diesem Scherbenhaufen stehen. Das Zurückdrängen des Ausbaus der erneuerbaren Energien hat auch zu einer Flucht der erneuerbaren Energien aus Deutschland geführt. Viele Industrien wurden abgebaut. Wir haben über 100.000 Stellen in dem Bereich verloren. Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Politik. Jetzt wollen Sie, dass dieser Scherbenhaufen innerhalb von drei Monaten aufgekehrt wird. Das kann nicht funktionieren. Sie haben heute vielleicht die Vorstellung der Pläne mitbekommen. Mit Hochdruck wird daran gearbeitet. Wir werden in den nächsten Jahren erleben, dass es in Deutschland eine andere Energiepolitik geben wird, mit der wir sehr erfolgreich den Klimawandel bekämpfen und den Klimaschutz betreiben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Umweltminister Thorsten Glauber, schön, dass Sie bei uns bei den Haushaltsberatungen sind. Der Einzelplan 12 zeigt, wie wir mit einer unserer größten Herausforderungen umgehen. Die Strategien für Klimaschutz und Klimaanpassung müssen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit den nötigen Mitteln und Personalstellen unterfüttert werden. Das ist völlig klar. Minister Thorsten Glauber setzt mit seinem Haus die richtigen Schwerpunkte. Dass das Ausgabevolumen gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % steigt, ist gerade in Corona-Zeiten durchaus bemerkenswert.

Für Klimamaßnahmen sind im Geschäftsbereich des Umweltministeriums 2022 insgesamt 128 Millionen Euro veranschlagt. Davon fließen knapp 67 Millionen in die Klima-

milliarde ein. Quer durch alle Einzelpläne steht knapp eine Milliarde Euro für Maßnahmen, mit denen Bayern seine ambitionierten Klimaziele erreichen und die Anpassung vorantreiben kann, zur Verfügung.

Die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege werden erneut deutlich erhöht, nämlich auf 230 Millionen Euro. Dahinter steckt praktizierter Klimaschutz. Zum Beispiel werden 12 Millionen Euro für die Sanierung von Mooren ausgegeben. Das ist der Anfang. Wir sind aber am Anfang richtig stark vorangegangen. 3,8 Millionen Euro stehen für den Streuobstpakt zur Verfügung. Das Erfolgsmodell Vertragsnaturschutz wird noch einmal besser ausgestattet. Über 52 Millionen sind dafür veranschlagt. 25.000 Landwirte sind dabei und helfen mit, Leistungen für die Erhaltung der Artenvielfalt und für den Klimaschutz zu erbringen. Dafür sollte man an dieser Stelle einmal Danke sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gleiches gilt für die Landschaftspflegeverbände, die gute Ideen entwickeln und in die Praxis umsetzen. 1,5 Millionen Euro stehen dafür zusätzlich zur Verfügung. Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im Haushaltsplan diese wichtigen Änderungen vornehmen konnten.

Ein Beispiel sind die Mittel für den Herdenschutz, die wir verstärken. Vor allem erkennen wir das Problem und können innovative Maßnahmen ergreifen, um Angriffe durch Wölfe abzuwehren. Für uns haben der Schutz und der Erhalt unserer Weidewirtschaft die gleiche Bedeutung wie der Schutz unserer Kulturlandschaft. Wir stärken unter anderem die naturverträgliche Besucherlenkung im Alpenraum und unterstützen die Naturparks.

Ich möchte mich ganz persönlich bei Minister Thorsten Glauber und seinen Mitarbeitern im Ministerium für die gute und konstruktive Mit- und Zusammenarbeit bedanken und bitte um Zustimmung zum Einzelplan.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Haushalt kommt der Umwelt- und Verbraucherschutz in Bayern keinen Schritt weiter. Die Erhöhung des Ansatzes um 34 Millionen Euro von 1,19 Milliarden auf 1,53 Milliarden für Umwelt- und Verbraucherschutz ist ein politisches Zeichen ohne konkreten Nutzen. Bislang ist mit den Klimaschutzmaßnahmen keine Verbesserung bei CO₂ eingetreten. Im Gegenteil: Wie die Internationale Energieagentur mitteilte, wurden im vergangenen Jahr weltweit 36,3 Milliarden Tonnen energiebedingte CO₂-Äquivalente ausgestoßen. Das war so viel wie noch nie zuvor.

Fraglich ist, ob wir die globalen Temperaturveränderungen abmildern könnten, selbst wenn wir die komplette Wirtschaft lahmlegen würden, was unsere Regierungsprofis gerade versuchen. Wir können aber unsere Umwelt schützen, indem wir uns dem realen Umwelt- und Naturschutz vor Ort widmen. Das müsste dann auch von den Naturschutzbehörden kontrolliert werden. Dafür ist aber kaum Geld vorhanden, weil wir die verfügbaren Mittel für sinnlose CO₂-Vermeidungsstrategien und unbedarften Klimaaktivismus verpulvern. Die Bürger brauchen keine Klimasymbolpolitik. Deshalb fordern wir die Abschaffung der völlig nutz- und sinnlosen Klimaschutzpreise. Wir fordern die Abschaffung des Klimarates, der kaum etwas bringt, außer vorzugaukeln, er würde etwas unternehmen. Wir fordern die Abschaffung des Landesamtes für Energie und Klimaschutz; denn unnötige Versorgungsposten brauchen wir nicht. Des Weiteren brauchen wir auch kein Bayerisches Klimagesetz, das nachweislich nur Schaufensterpolitik ist. Bei uns scheint auch so die Sonne.

Stattdessen sollten vielmehr die Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Tierheimen gefördert werden. Das ist dringend erforderlich, da die Tierheime aus sämtlichen Nähten

platzen. Außerdem sollten die Wasserkraftanlagen umweltgerechter genutzt und potenziell umweltschädliche Deponien nicht weiter geduldet werden. Wir brauchen wieder eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik und keinen Klimasozialismus. So schaut es aus.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das wichtigste Umweltthema in Bayern ist der Klimaschutz. Wir, die SPD, wollen, dass unser Bayern bis 2040 klimaneutral wird. Wir wollen Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit, dem Erhalt guter Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Prosperität verbinden. Wir sind der Überzeugung, dass wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen und gleichzeitig dafür sorgen können, dass unser Bayern wirtschaftlich erfolgreich ist. Vor allem wollen wir alle die Menschen mitnehmen, die jeden Tag hart arbeiten und nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren sind.

Das bisherige Klimagesetz der Koalition genügt den Ansprüchen an einen echten Klimaschutz nach unserer Auffassung nicht. Es hält dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr nicht stand. Wir wissen, dass der Umweltminister ein neues Gesetz entworfen hat, es aber noch nicht in den Landtag einbringen durfte, weil es die CSU blockiert. Wir brauchen aber dringend ein gutes Klimaschutzgesetz, damit wir eine richtige Grundlage für Klimaschutzpolitik haben und kontrolliert wird, ob wir unsere Ziele auch erreichen. Deswegen werden wir als SPD in Kürze ein eigenes neues Klimaschutzgesetz in den Landtag einbringen. Das wäre dann Ihre Chance, für mehr Klimaschutz zu sorgen, wenn Sie sich in Ihrer Regierungskoalition nicht einigen können.

Nicht nur uns, sondern auch zahlreichen Jugendverbänden ist ein sozialer Klimaschutz wichtig, wie man an den zahlreichen Appellen der Jugendverbände sehen

kann. Sie fordern mehr Klimaschutz, mehr klimafreundliche Beschaffung, weniger Flächenverbrauch und weniger Energieverschwendung. Das müssen wir doch ernst nehmen und endlich handeln! Wir haben im Interesse der Zukunft unserer Kinder und Enkel die Verantwortung, dieses Land besser zu hinterlassen.

Viele Themen, die sozialen Klimaschutz und die sozioökologische Modernisierung Bayerns betreffen, werden in anderen Ressorts entschieden, aber da alles mit allem zusammenhängt, möchte ich an unsere Initiativen hierzu erinnern. Wir haben Anträge für eine Energie- und Wärmewende gestellt. Wir wollen Windkraft, Sonnen- und Erdwärmennutzung kraftvoll ausbauen. Wir wollen, dass Energie für die Menschen in Bayern bezahlbar bleibt. Wir wollen neue Wege für mehr Mobilität für alle, statt immer nur Straßen nur für Autos. Dafür setzen wir auf Elektromobilität mit umweltfreundlichen Autos made in Bavaria und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, gerade auf dem Land.

Das Umweltministerium hat hier selbst relativ überschaubare Kompetenzen und Zuständigkeiten, aber es sollte doch die ureigene Aufgabe und vor allem das Interesse eines Umweltministeriums sein, bei den zentralen Zukunftsaufgaben eine stärkere Bündelungsfunktion zu übernehmen. Beim Moorschutz kritisiert zum Beispiel der Oberste Rechnungshof, dass sich dieser in sechs – ich wiederhole: in sechs – verschiedene Ressorts zersplittert. Moore sind für den Klimaschutz aber wichtig, da sie sehr viel CO₂ binden oder auch ausstoßen können. Es ist politisch unklug und ineffektiv, dass sich hier jeder zuständig fühlen und Mittel im jeweiligen Einzelplan vorsehen kann und am Ende kein Gesamtkonzept dabei herauskommt. Zur zentralen Steuerung der unübersichtlich zersplitterten Moorschutzaktivitäten in Bayern schlagen wir deshalb die Gründung eines bayerischen Moorzentrums für einen wirklich wirksamen Klimaschutz in Bayern vor statt Gießkannenprinzip ohne Ehrgeiz und ohne echte Erfolgskontrollen. Das sagen übrigens nicht nur wir, sondern auch Verbände und Experten, zum Beispiel kürzlich bei der Expertenanhörung im Umweltausschuss. Das bayerische Moorzentrum soll als integrative Dachorganisation alle moorbezogenen

Aktivitäten des Freistaats planen, koordinieren und begleiten. Es soll dabei die politischen Maßnahmen bündeln und fokussieren, und zwar mit einem eigenständigen Moorzentrum nach dem Vorbild Greifswalds. Für eine zuverlässige und verstetigte Umweltbildung wollen wir zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltbildungsstationen. Wir fordern deshalb eine Verwaltungskostenpauschale von 40.000 Euro je Umweltbildungsstation, damit nachhaltige Umweltbildung für Schülerinnen und Schüler, aber auch für jeden Einzelnen möglich wird.

Was kann uns denn Besseres passieren, als dass sich junge Menschen für Umwelt- und Naturschutz und die Zusammenhänge des Lebens interessieren? Genau das machen übrigens die Jugendlichen, die sich für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr melden. Letztes Jahr haben wir in Pappenheim das 25-jährige Bestehen dieses Dienstes zusammen mit dem Umweltminister gefeiert. Diese jungen Leute hatten eine, wirklich nur eine konkrete Bitte an unseren Umweltminister: dass sie ihr Idealismus nicht auch noch Geld kostet, wenn sie den ÖPNV nutzen. Zur Wertschätzung und sozialen Unterstützung dieser jungen ökologischen Ehrenamtlichen haben wir deshalb gefordert, Geld dafür bereitzustellen. Freie Fahrt für Freiwillige – es sollte doch in diesem Haushalt möglich sein, dafür 120.000 Euro bereitzustellen. Aber an diesem Beispiel sieht man, wie wenig Wertschätzung unseren Jugendlichen und der Umwelt zuteil wird. Oder man sieht, wie schwer es in dieser Regierungskoalition ist, gegebene Versprechen auch in bare Münze umzusetzen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Klima- und Umweltschutz sowie die Bewahrung unserer Schöpfung sind sehr wichtige Themen für uns und unser Bayern. Wenn wir heute nicht handeln und Geld für Klimaschutz investieren, werden wir dafür verantwortlich sein, wenn unsere Gletscher verschwinden, die Wasservorräte weniger werden und aus geschützten Arten verschwundene Arten werden. Deshalb müssen wir mehr investieren und schneller handeln. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Liebe Frau Müller, bei der Moorschutzstrategie und dem Umweltschutz bin ich mit Ihnen völlig d'accord. Aber Sie wissen selbst, dass die Landwirte jetzt besonders um Düngemittel zu kämpfen haben. Sie bekommen keine Düngemittel her, und wir haben wieder keinen richtigen Winter gehabt; es wird wieder Wassermangel geben.

(Zuruf)

Wäre es nicht sinnvoller, das vorerst auszusetzen und an unsere Landwirte zu denken? Sie müssen Lebensmittel auf den Tisch bringen. Wir brauchen für dieses Jahr Wasser, damit sie anpflanzen können und die Pflanzen auch wachsen. Wir können doch nicht Klima-, also Moorschutzgebiete anlegen und neu befeuchten; dann geht uns dieses Wasser auch noch ab. Wäre es nicht besser, wenn wir das zugunsten der Landwirtschaft erst einmal auf Eis legen, damit wir etwas zu essen haben?

Ruth Müller (SPD): Erstens bin ich nicht Ihre liebe Frau Müller.

(Heiterkeit – Beifall)

Zweitens haben wir gerade über den Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums gesprochen und nicht über den Landwirtschaftshaushalt; der ist morgen dran. Drittens ist das Thema Wasser wichtig. Ich habe es angesprochen; das Thema Klimaschutz beinhaltet auch Gewässer- und Wasserschutz. Insofern ist es in einem Umwelthaushalt natürlich richtig aufgehoben. Viertens und letztens möchte ich Ihnen noch einmal sagen, dass die Steinzeit nicht aus Mangel an Steinen zu Ende gegangen ist, sondern weil der Mensch lernfähig war. Das hoffe ich auch von Ihnen.

(Heiterkeit – Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Dass die Gesamtausgaben für den Haushalt des Staatsministeriums für Umwelt- und Verbraucherschutz nur um 3 % steigen, begrüßen wir im Sinne eines ausgeglichenen Haushalts und auch eines schlanken Staates ausdrücklich. So sind zum Beispiel die Steigerungen beim Naturschutz und der Landschaftspflege zu loben, genauso wie das neue Kapitel zum Naturerlebnis und zur Besucherlenkung, welches mit 14,3 Millionen Euro ausgestattet wurde.

Allerdings gilt es darauf zu achten, wie mit den Mitteln umgegangen wird. Der Bericht des Obersten Rechnungshofs zur Moorrenaturierung im Freistaat vom letzten Jahr hat mit seinem vernichtenden Urteil gezeigt, dass die reine Veranschlagung von Haushaltsmitteln nicht ausreicht, um Klima- und Umweltschutz im Freistaat voranzubringen. Laut dem Bericht waren zwischen 2014 und 2018 15,3 Millionen Euro aus dem Klimaprogramm KLIP zur Moorrenaturierung vorgesehen. Die tatsächlichen Ausgaben lagen in diesen fünf Jahren allerdings bei nur 7,9 Millionen Euro. Im selben Zeitraum sind lediglich 2,4 Millionen Euro in Renaturierungsmaßnahmen geflossen. 4,7 Millionen Euro wurden hingegen für den Erwerb von Flächen eingesetzt, auf denen noch nicht einmal eine einzige Maßnahme umgesetzt wurde.

Dieses eklatante Ungleichgewicht zwischen den Plänen zum Moorschutz auf der einen Seite und der fehlenden Umsetzung auf der anderen Seite erinnert mich an die bekannten großen Ankündigungen des Ministerpräsidenten zum Klimaschutz, denen in der Regel ebenso keine Taten folgen.

(Beifall bei der FDP)

Laut dem Obersten Rechnungshof ist dies ein nicht hinzunehmender Zustand, und diese Meinung teilen wir auch. Wir sehen nun, dass für den Moorschutz im Umwelt-

haushalt ganze 32,6 Millionen Euro vorgesehen sind. Während also in den fünf Jahren zwischen 2014 und 2018 7,9 Millionen Euro ausgegeben wurden, sollen nun innerhalb eines Jahres ganze 312 % mehr für den Moorschutz bereitstehen. Meine Damen und Herren, wenn das Staatsministerium nicht endlich die Bremsen beim Moorschutz löst, dann sind diese Zahlen nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Man kann sich nur wundern, wie das Ministerium auf diese Summen kommt, und es bleibt abzuwarten, wie die Umsetzung besser gelingen kann als in der Vergangenheit.

Ähnliches gilt für den Bereich der Klimaanpassung. Ohne auf die genauen Summen eingehen zu müssen, muss man festhalten, dass sich unsere Kommunen aus eigener Kraft kaum auf die Veränderungen durch den Klimawandel einstellen können, wenn keine Konzepte und Hilfen vonseiten der Staatsregierung bereitstehen. Dies gilt für sämtliche Bereiche: Starkregenvorsorge, Hitzeaktionspläne oder die Umsetzung des Schwammstadtkonzepts. Das sind alles Themen, die wir schon öfter vom Umweltminister gehört haben und die auch vorgestellt wurden. Doch wenn es um die Umsetzung geht, lässt man die Kommunen im sprichwörtlichen Regen stehen. Falls das Ministerium hierbei die gleiche Motivation an den Tag legt wie beim Moorschutz in den vergangenen Jahren, sehe ich unsere Kommunen schlecht für die kommenden Auswirkungen des Klimawandels gerüstet. Die Mittel sind da. Jetzt gilt es, sie auch angemessen und in voller Höhe einzusetzen. Daher werden wir dem Staatsministerium auch für diesen Haushalt einen Vertrauensvorschuss geben und ihm zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Eric Beißwenger. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern stellt sich den vielfältigen umwelt- und naturschutzpolitischen Herausforderungen. Dabei sind der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel weiter-

hin eine der wichtigsten Herausforderungen. Dafür nehmen wir allein im Jahr 2022 rund eine Milliarde Euro in die Hand. Unser Maßstab sind ein klimaneutrales Bayern bis 2040 und eine Reduktion der CO₂-Emissionen um mindestens 65 % bis 2030. Das Bayerische Klimaschutzgesetz wollen wir mit diesen Zielrichtungen weiterentwickeln. Wir wollen besser, schneller, weiter und zukunftssicher vorankommen. Vergessen wir dabei aber nicht: Klimaschutz ist ein fortwährender Prozess. Forschung und Innovation sind hier der Schlüssel zum Erfolg.

Zur Windkraft: Wir wollen mehr Windenergie, aber wir wollen sie mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger. Bei der Photovoltaik sollen viermal so viele Anlagen auf staatlichen Dächern durchgesetzt werden, und zwar 1.300 statt 340, und wir wollen sie auch entlang von Autobahnen und Lärmschutzwänden, auf Parkplätzen und Ähnlichem. Die Geothermie soll bis 2050 rund 25 % des gesamten bayerischen Wärmebedarfs decken. Insgesamt wird ein Klimaprogramm für Bayern mit 50 Maßnahmen in fünf Bereichen erarbeitet: erneuerbare Energien, natürliche CO₂-Speicher, Klimaarchitektur, nachhaltige Mobilität und Klimaforschung. Gesetzlich festgeschrieben werden soll auch die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65 % bis 2030. Im Bereich der Mobilität soll unter anderem die Zahl der E-Ladesäulen bis 2030 von jetzt 7.000 verzehnfacht werden. Ebenso soll die Klima- und Wasserstoffforschung weiter ausgebaut werden.

Bodenschutz spielt in Bayern schon immer eine zentrale Rolle. Bereits 1991 hat Bayern als eines der ersten Länder ein Bodenschutzprogramm vorgelegt und damit einen äußerst wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Nutzung und für einen umfassenden Schutz der Böden in Bayern geleistet. Mehr als 16 Millionen Euro stehen jährlich im Haushaltsplan des Umweltministeriums für die Themenbereiche Bodenschutz, Altlasten und Geologie. Der Erhalt aller Bodenfunktionen ist Voraussetzung für eine nachhaltige, ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Böden bilden die Grundlage für menschliches, tierisches und pflanzliches Leben. Humuserhalt und Humusaufbau sind von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Land-

nutzung. Als wichtiger Indikator guter und gesunder Böden stellt der Humusgehalt gleichermaßen die Grundlage gesunder Böden wie auch einen potenziellen Kohlenstoffspeicher dar. Klimaschutz ist auch Bodenschutz. Der Aufbau von 0,1 % Humus pro Hektar entspricht etwa der Bindung von 3 bis 6 Tonnen CO₂ pro Hektar.

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Bayern ist ein wasserreiches Land, wenn auch die Verteilung äußerst unterschiedlich ist. Durch jahrzehntelange Bemühungen der Kommunen des Freistaates im Gewässerschutz konnte die Qualität der Gewässer entscheidend verbessert werden. Ziel ist ein gesundes und sauberes Wasser überall in Bayern, nicht nur für die Trinkwasserversorgung, sondern auch als Lebensraum. Eine hervorragende Trinkwasserqualität ist auch maßgeblich für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Um unsere Bürger vor zu hohen Kosten bei der Sanierung bestehender Leitungssysteme zu schützen, fördert der Freistaat die dafür zuständigen Gemeinden seit 2016 nach den aktuellen Förderrichtlinien RZWas – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – in besonderen Härtefällen; und das mit vollem Erfolg. Für diese Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen steht im Haushaltsjahr 2022 die Rekordsumme von rund 146,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Auch auf die Beeinträchtigung der Natur durch einen immer stärker werdenden Freizeitdruck wurde im Einzelplan 12 reagiert. Es wurde eine eigene Titelgruppe "Naturerlebnis und Besucherlenkung" mit 14,3 Millionen Euro geschaffen. Der Erholungsdruck auf die Natur nimmt seit Jahren zu. Immer mehr Erholungssuchende und Touristen reisen in naturschutzfachlich sehr wertvolle Gebiete wie zum Beispiel unsere Alpen. Die Corona-Krise mit zeitweiliger Schließung der Grenzen und mit Ausgangsbeschränkungen in Bayern und in Deutschland hat uns vor Herausforderungen gestellt. Die Empfindlichkeit und die Belastbarkeit von Natur und Landschaft sind jedoch nicht in allen Regionen und nicht auf allen Flächen gleich. Es gibt Bereiche, in denen auch eine starke touristische Nutzung mit geschickten Besucherlenkungen weitgehend naturverträglich möglich ist. Schließlich bieten Tourismus und Erholung daheim die Chance,

dass klimafreundliche Alternativen zum Ferntourismus entwickelt, Menschen an die Natur herangeführt und der einheimische Tourismus gestärkt werden.

Wir schützen und erhalten Bayerns einzigartige Natur und die Artenvielfalt. Das ist ein urkonservatives Anliegen. Hohe Lebensqualität in Bayern durch hohe Umweltstandards und hervorragende Gesundheitsvorsorge, das ist unser Anspruch.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Rosi Steinberger. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute früh haben wir einen Satz gehört, nämlich: Ohne Wirtschaft ist alles nichts. – Das stimmt natürlich nicht ganz, denn erstens heißt es wohl richtig, und das gerade in diesen Zeiten: Ohne Gesundheit ist alles nichts. Aber beides, also Gesundheit und Wirtschaft, braucht auch gute Rahmenbedingungen und einen funktionierenden gesundheitlichen Verbraucherschutz. Dazu braucht es aber auch die richtigen Fachleute, die sich um vieles kümmern wie beispielsweise um Kosmetika, Tätowierfarben, Lebensmittel, Super Food oder das PFC-Monitoring, das Sie leider nicht voranbringen. Ganz wichtig: Es geht auch um Internethandel und Lebensmittelbetrug. Da sollten wir uns in Bayern doch gut aufstellen, noch dazu, nachdem die Herausforderungen in diesem Bereich immer mehr werden. Zumindest sehen wir das so.

Ich spreche hier von Lebensmittelchemiker*innen, die mit ihrem Spezialwissen als Naturwissenschaftler*innen und mit Kenntnissen im Lebensmittelrecht im Verbraucherschutz enorm wichtig sind. Das sieht auch Umweltminister Glauber so. Zumindest haben Sie, Herr Minister, das in einem Schreiben an den zugehörigen Verband ausführlich so skizziert. Das sieht auch der Landtag so, denn vor einem Jahr gab es eine Petition, die zehn Stellen am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL – und acht Stellen an den Bezirksregierungen gefordert hat. Diese

Petition wurde einstimmig mit Würdigung versehen. Was ist seither passiert? – Nichts. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Armutszeugnis.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

An den Bezirksregierungen gibt es derzeit überhaupt keine Lebensmittelchemiker*innen. Und in der Bayerischen Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen – KBLV – ist auch nur ein Viertel der Stellen besetzt, und das bei circa 300 komplexen Betrieben. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Kontrollbehörden immer wieder den Kürzeren ziehen, beispielsweise dann, wenn Bescheide beklagt werden. Wir haben diese Petition aufgegriffen und diese Stellen eingefordert. Leider umsonst. Ich weiß, dass Haushalt immer bedeutet, Prioritäten zu setzen. Aber welche Schwerpunkte Sie wählen, welche noch so kleinen Haushaltsansätze Sie ignorieren, das wirft doch ein deutliches Licht auf Ihre Politik.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den Tierheimen sagen. Ja, es stimmt, es ist ein Haushaltsansatz für die Tierheime drin. Allerdings geht der größte Anteil an die Reptilienauffangstationen, und das auch zu Recht, denn die brauchen dieses Geld tatsächlich. Aber auch die anderen Tierheime brauchen viel mehr Geld. Es braucht eine Grundfinanzierung, eine Investitionspauschale, einen Sonderfonds für die gerade skizzierten Notlagen. Der Investitionsrückstand liegt bei circa 60 Millionen Euro. Da, liebe Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir noch eines draufsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Kurz und gut: Im Einzelplan 12 gibt es noch viel Luft nach oben. Es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen; denn ohne unsere Lebensgrundlagen ist alles nichts.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Als Nächster spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Hans Friedl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch beim Einzelplan 12 gibt es auf der einen Seite die Pflicht und auf der anderen Seite die Kür. Wir müssen die Balance halten, um das Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz entsprechend auszustatten, um das Notwendige zu tun, ohne dabei die Bodenhaftung zu verlieren, und um es darüber hinaus fit für die Zukunft zu machen. Insgesamt werden die Mittel im Einzelplan 12 im Vergleich zum Haushalt 2021 um 3,3 % auf 1.156 Millionen Euro steigen. Ich weiß, 3,3 % sind nicht üppig. Trotzdem bin ich mir sicher, dass der Umweltminister Thorsten Glauber tut, was möglich ist.

Kommen wir nun beispielhaft zu einigen Punkten, auf die ich eingehen möchte. Aus dem Sofortprogramm Hochwasser 2021 des Bundes werden nach Bayern 5,1 Millionen fließen. Um zielgerichtet agieren zu können und darüber hinaus auch in Zukunft gewappnet zu sein, werden 51 Stellen für den Hochwassercheck im Bereich der Wasserwirtschaftsämter aufgebaut. Wir alle wissen, hier besteht Nachholbedarf. Wir müssen schneller werden. Im Bereich der Wasserwirtschaftsämter werden ebenfalls zehn weitere Stellen für den Ausbau des Grundwassermessstellennetzes aufgebaut. Der Ausbau als solches ist mit zwei Millionen Euro hinterlegt. Zum Schutz des Grundwassers brauchen wir bessere Daten. Wasser war, ist und wird immer ein Menschenrecht sein. Dies wird in Zeiten höherer Temperaturen, die mit längeren Trockenperioden verbunden sind, immer wichtiger. Auch hier findet eine Investition in die Zukunft statt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Mittel in Höhe von vierzig Millionen Euro hinweisen, die für die Bedarfe nach den RZWas darüber hinaus eingeplant sind. In diesem Haushalt sind auch die Mittel für neue Amtstierärzte eingeplant. Diese Stellen werden bei den Landratsämtern zur Verstärkung der Veterinärverwaltung angesiedelt und sind dort dringend notwendig. Eine permanente Überlastung der Amtstierärzte ist

nicht weiter hinnehmbar, wenn wir die Überwachung im Sinne des Tierwohls und des Verbraucherschutzes ausbauen wollen. Um die vielfältigen Aufgaben des Ministeriums im Bereich des Verbraucherschutzes auch in Zukunft zu stemmen, ist eine gleichbleibende oder sogar steigende Mittelausstattung notwendig, auch wenn die Zeichen in Postpandemie- und Kriegszeiten auf Sturm stehen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Ferdinand Mang.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Mit diesem Einzelplan wird der Haushalt für Umwelt- und Verbraucherschutz verabschiedet. Nachhaltigkeit – dieses Wort haben wir in den letzten Debatten oft gehört. Dieser Begriff ist leider zu einem Synonym für Geldströme an die Klimalobby verkommen, ohne Nutzen für Umwelt und Bürger. Es ist Zeit für eine alternative Umweltpolitik.

Wer von Ihnen kennt den Begriff "geplante Obsoleszenz"? – Ja, das dachte ich mir. Geplante Obsoleszenz bedeutet, dass in der Regel Großkonzerne in die von ihnen hergestellten elektronischen Geräte Schwachstellen einbauen, also zum Beispiel in Flachbildschirmen ein Lötzinn verwenden, das mit den Kontakten korrodiert und sich langsam ablöst mit der gewünschten Folge, dass das Gerät kurz nach Ablauf der Garantie oder Gewährleistungsfrist nicht mehr funktioniert. Oder man verwendet hitzeempfindliche Chips, obwohl es zum gleichen Preis auch hitzeresistente Chips gäbe. Diese baut man genau dort im Gerät ein, wo die schädliche Hitze am größten ist.

Zudem gestalten die Konzerne die Geräte in der Form, dass sie auch nicht repariert werden können. Diese Art der bewussten Herstellung kurzlebiger Güter nennt man ge-

plante Obsoleszenz. Es wäre schon längst möglich, Geräte herzustellen, die Jahrzehnte halten, von der elektrischen Zahnbürste bis zur Waschmaschine. Man könnte heute Glühbirnen herstellen, die jahrhundertlang nicht durchbrennen. Was könnten wir an Ressourcen und Energie sparen, wenn wir nicht gezwungen wären, alle drei Jahre ein neues Handy, einen Bildschirm oder sonstige elektronische Geräte zu kaufen!

Man könnte jetzt an ein Verbot geplanter Obsoleszenz denken. Frankreich hat dies beispielsweise getan und führt jetzt Prozesse gegen diverse internationale Konzerne, kann diesen gewerblichen Volksbetrug aber nur schwer nachweisen. Wir als Freiheitspartei verfolgen einen anderen Ansatz. Wir wollen ein Zertifikat bzw. ein Gütesiegel schaffen, das Produkte erhalten soll, die frei von geplanter Obsoleszenz hergestellt werden. Es soll den profitgierigen Konzernen gerne freigestellt werden, ob sie sich um ein solches Siegel bemühen und bewerben wollen oder nicht. Der Verbraucher wird entscheiden, ob er dann vielleicht für einen höheren Preis ein Produkt kauft, das ein Leben lang hält, oder alle drei Jahre einen niedrigen Preis bezahlen möchte.

Wir könnten die Wirtschaft ohne Zwang in bestimmte Bahnen lenken, sodass tatsächlich nachhaltige Produkte zugunsten der Umwelt und des Geldbeutels des einfachen Bürgers hergestellt werden. Es scheitert allein an Ihnen, ehrenwerte Kollegen, weil Sie sich den Lobbyinteressen der Großkonzerne verpflichtet haben und die manipulativen zwangsfinanzierten Medien dies niemals auf die Agenda setzen werden. Darum, liebe Bürger, ist die AfD die einzige Partei, die sich wahrhaft für nachhaltigen Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzt.

(Zurufe: Oh! – Beifall bei der AfD)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Thorsten Glauber. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Mein Großvater wurde 94 Jahre alt. Mit 16 Jahren musste er zum Kriegsdienst. Ein Jahr später, mit 17 Jahren, wurde er zum aktiven Kriegsdienst aufgefordert und war dann über vier Jahre aktiv im Krieg. Er hat mir eines für das Leben mitgegeben: Ihr könnt euch alles erlauben. Ihr seid eine offene, plurale und freie Gesellschaft. Nur eines könnt ihr euch nicht erlauben: Das ist Krieg.

Wenn ein junger Mann mit 16 Jahren als Sanitäter Dinge gesehen hat, die man nicht erzählen kann und will, verändert dies vieles im Leben. So verändert sich auch unser Blick auf das Thema. Wir sprachen immer und diskutieren leidenschaftlich über das Thema Klimaschutz und darüber, wie Klimaschutz betrieben werden soll. Uns allen muss klar sein, dass, wenn wir eines davor ansetzen, dies im Prinzip die erneuerbare Energie ist, die unter dem Klimaschutzgedanken Freiheitspolitik für eine Gesellschaft ist. Die Unabhängigkeit lässt uns am Ende für unsere Gesellschaft nicht nur das Klima schützen, sondern auch die Freiheit für kommende Generationen, um sich so zu entwickeln, frei in dieser Demokratie leben und sich entfalten zu können, wie es uns mein Großvater immer geraten hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Haushalt des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums im Einzelplan 12 ist in den letzten Jahren von 920 Millionen Euro auf 1.157 Millionen Euro, also fast auf 1,2 Milliarden Euro, angestiegen. Dies ist heuer rein statistisch vielleicht nur eine Steigerung um 3 %. Betrachtet man es über den gesamten Zeitraum dieser Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, ist dies eine Steigerung um über 6 %. Dies zeigt, dass

den Regierungsfractionen der Umwelt- und Verbraucherschutz sehr am Herzen liegt, Kolleginnen und Kollegen.

Ein wichtiges Thema ist – so, wie ich begonnen habe – die Aufgabe, den Klimawandel zu meistern, also der Klimaschutz. Deshalb wurde zum Beispiel in vielen Reden der Moorschutz angesprochen, der am Ende zwar tatsächlich als Zahl und Haushaltsmittel vorhanden, aber in der Umsetzung relativ schwierig ist. Ich will darauf eingehen und nicht darum herumreden. Relativ schwierig war es, bei uns im Umwelt- und Verbraucherschutzministerium – das war auch mein Wunsch –, eine Klimaschutzabteilung zu schaffen. Das Ministerium ist umgebaut. Es gibt jetzt acht Referate für den Klimaschutz. Damit können wir uns in Deutschland absolut sehen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es gibt fast kein anderes Bundesland, das im Prinzip acht Referate für den Klimaschutz aufweist. – Gehen wir zurück zum Thema Moorschutz. Moorschutz ist schwierig, weil ich am Ende, um Moore zu schützen, ein Stück weit Wiedervernässung brauche. Wiedervernässung funktioniert nur, wenn eine Flurneuordnung erfolgt. Habe ich einen Eigentümer, der mir am Ende ein Sperrgrundstück hinlegt, dann kann ich dort nicht vorwärtskommen. Deshalb brauche ich neben personellem Einsatz letzten Endes auch das Engagement draußen, Türen zu öffnen, immer wieder anzuklopfen, immer wieder in der Flurneuordnung diese neue Regelung zu schaffen, um dann vernässen zu können. Das ist am Ende für uns der technisch einfachere Schritt, und den wollen wir aktiv angehen. Deshalb ist das ein Baustein unseres neuen Klimaschutzkonzepts.

Die Klimamilliarde wurde angesprochen. Wir wollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % reduzieren und klimaneutral sein, wie es schon in dem SPD-Konzept gefordert und bei uns in der Staatsregierung bereits erarbeitet wurde. Die Klimamilliarde ist natürlich auch in der Wasserversorgung zu finden. Die Wasserversorgung und die Umsetzung der RZWas sind wichtige Aufgaben, die wir tagtäglich leisten müs-

sen. Mittlerweile sind es knapp 150 Millionen, mit denen wir Wasser durch ganz Bayern bringen. Der Norden ist deutlich mehr gefordert als der Süden. Aber wir wollen alle Kommunen unterstützen, um letztendlich diese Daseinsvorsorge – Wasser ist Leben – auch zu leisten.

Wir stärken die Moore; das wurde angesprochen. Wir haben wirklich einen Streuobstpakt mit CO₂-Senke Boden ins Leben gerufen. Da investieren wir 4 Millionen Euro in einem Bereich, der aus meiner Sicht auch lohnenswert ist im Hinblick auf die Artenvielfalt.

Wir sind bei dem Thema Klimaschutz mit unserer Umweltforschungsstation Schneefernerhaus und mit vielen universitären Einrichtungen am Start und investieren letztendlich Millionenbeträge, um Klimaforschung und Spitzenforschung, gerade am Schneefernerhaus, für ganz Europa zu leisten und am Ende den Klimawandel zu meistern.

Wir haben einen neuen Umwelt- und Klimapakt mit dem bayerischen Handwerk und der bayerischen Wirtschaft geschlossen. Was gibt es Besseres als eine Partnerschaft zwischen Handwerk und Industrie, um am Ende die DNA der Unternehmen in der Nachhaltigkeit, im Umweltschutz gemeinsam anzugehen und damit auch den Gedanken des Klimaschutzes gemeinsam zu leben?

Wir haben uns an das Thema "Natur und Artenschutz" gemacht; das wurde angesprochen. Die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege wurden um 10 Millionen Euro erhöht. 25.000 Bäuerinnen und Bauern sind mit uns letztendlich in Partnerschaft verbunden. Genau diese Landschaftspflegeverbände sind der kooperative Ansatz. Das sind Strukturen für die Menschen in den Regionen, die draußen miteinander sprechen, die miteinander arbeiten und am Ende miteinander draußen in der Fläche unsere wertvolle Kulturlandschaft erhalten.

Durch die Pandemie waren wir alle herausgefordert. Sie haben es wie ich erleben können, dass Reisen in dem Maße nicht möglich waren. Bayern ist mit seinen Schön-

heiten in allen Landesteilen plötzlich der Magnet gewesen. Für uns gab es die Herausforderung der Besucherlenkung. Warum bearbeitet das Umweltministerium einen Bereich wie Naturerlebnis und Besucherlenkung? – Wir sind ja nahezu herausgefordert, dieses Thema anzugehen, um letztendlich die Menschen eben nicht von dieser wunderschönen Natur Bayerns fernzuhalten. Kolleginnen und Kollegen, ich halte es für den absolut verkehrten Ansatz zu sagen: Dann reist doch in andere Teile der Welt; dort ist es schön. – Nein, wir müssen unsere Schönheiten schützen, aber auch die Menschen mitnehmen und deshalb Besucher lenken. Es geht auch gar nicht anders. Unser Ziel ist es, gemeinsam den Tourismusgedanken und den Lenkungsgedanken miteinander zu verknüpfen. Ich glaube, das ist auch zukunftsgerichtet, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bin dankbar, dass wir der Stärkung der Regionen die Naturparks auf ein ganz neues Gleis gesetzt haben. Auch das sage ich mit Stolz: Das zeigt, dass die Naturparks in Bayern, die ein Drittel der Landesfläche ausmachen, ein wichtiger Baustein sind, um das Thema Artenvielfalt mit regionalen Strukturen zu vernetzen. Ich bin sehr dankbar für das, was unsere Naturschutzwächterinnen und -wächter draußen, unsere Gebietsbetreuerinnen und Gebietsbetreuer, unsere Rangerinnen und Ranger hier in diesem Bereich leisten. Neben den Naturparks, die am Wachsen sind, haben wir noch zwei besondere Juwelen: unsere beiden Nationalparks. Auch da lade ich Sie ein und freue mich, dass der Umwelt- und Verbraucherschutzsausschuss in den Nationalpark Berchtesgaden kommt. Sie können sich hier eins zu eins davon überzeugen, warum wir Geld in beiden Nationalparks für Spitzenforschung in Europa einsetzen. Neben Berchtesgaden will ich bewusst auch den Nationalpark Bayerischer Wald nennen; denn beide leben nicht nur von der Naturschönheit, sondern auch von den Erkenntnissen, die wir brauchen, um unsere Artenvielfalt am Ende zu sichern und dieses Zukunftskonzept zu bewältigen.

Wir haben beim Nationalpark Bayerischer Wald einen Quantensprung gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen und 600 Hektar dazubekommen. Wir besitzen damit den größten Waldnationalpark, und das im Prinzip getragen aus der Region, wirklich gestemmt aus der Region, mit ganz großer Bereitschaft, mit ganz großer Leidenschaft. Das waren wunderbare Termine. Da sieht man auch, was der Nationalpark mittlerweile im Bayerischen Wald wirklich im Herzen für eine Kraft entwickelt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich komme zum Thema Wasserwirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. Wasserwirtschaft ist ganz zentral. Ich habe ja die segensreiche Funktion der RZWas angesprochen. Aber natürlich besteht auch die Herausforderung, Hochwasserschutz gemeinsam zu managen. Auch da haben wir ganz neue Wege beschritten. Bei diesen 200 Millionen Euro, die wir für den Hochwasserschutz einsetzen, sind wir eben nicht nur an Gewässern erster Ordnung, an den ganz großen Flüssen, unterwegs, nicht nur an der Isar, nicht nur an der Donau. Wir gehen in die Kommunen. Wir haben ein neues Programm aufgelegt, aus dem wir kommunale Hochwasserrückhaltungen mit bis zu 90 % fördern, wenn sie mit Sozialfunktionen, mit den Anforderungen von Nachhaltigkeit und Artenvielfalt kombiniert sind. Es geht darum, vor Ort Wasser in der Fläche zu lassen und die Grundwasserneubildung wirklich zu stärken. Das ist doch das Konzept. Das sind wir komplett neu angegangen. Für das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium war es ein extrem wichtiger Ansatz zu sagen: Wir wollen hier nicht nur bei den ganz großen Gewässern dabei sein; wir wollen jetzt letztendlich auch vor Ort in den Gemeinden auf Basis der Aktionspläne, die dort entwickelt wurden, in die Umsetzung kommen. Es ist ja immer die Frage: Was tut ihr da? – Das Haus des Wassers in Bayern ist ein mobiles. Wir werden mit unserem Wassermobil die Botschaft "Wasser ist Leben" wirklich an die Schulen herantragen, um am Ende des Tages noch mal dafür zu werben.

Zum Bauen: Wir haben gehört, dass "Stadt.Klima.Natur" ein wichtiger Baustein ist, um das Thema auch mit Beratungsleistung in den Städten auszubauen. Wir haben eine

Recycling-Agenda für den Freistaat aufgerufen. Wir arbeiten hier ganz eng mit dem Bauministerium zusammen.

Kolleginnen und Kollegen, angesprochen wurde natürlich der Verbraucherschutz. Der Verbraucherschutz war schon immer ein wichtiger Baustein im Ministerium. Wir haben die Herausforderung, dass wir noch stärker digitalisieren müssen. Wir machen das aktuell. Mit unserem TIZIAN-Programm werden wir die Digitalisierung im Gesundheits- und Lebensmittelbereich noch einmal stärken.

Bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest war Bayern Vorreiter. Wir haben anderen Bundesländern geholfen und haben diese auch hohen Ansätze weitergeführt. Die Tierheimförderung ist im Prinzip Neuland für Bayern. Wir haben wieder etwas on top gelegt und sind jetzt bei 1,5 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch auf die Fragen eingehen, die gestellt wurden. Es wurde die Frage gestellt, was die Staatsregierung gemeinsam bei dem Thema Umweltbildung macht. Herr Friedl, ein Wort zur Umweltbildung, zumindest für die Zeit, in der ich sie als Minister verantworten darf. Gestartet bin ich bei 1,8 Millionen Euro; jetzt sind wir bei 2,2 Millionen Euro für die Umweltbildung. Also wenn Sie sagen, dass wir die Umweltbildungsstationen nicht im Blick haben, dann weiß ich nicht, was Sie im Blick haben. Von 1,8 Millionen Euro auf 2,2 Millionen Euro zu kommen, ist einmal ein sauberer Anstieg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir brauchten keine Aufforderung von Ihnen, die Umweltbildungsstationen durch die Pandemie zu begleiten. Die hat es wirklich nicht gebraucht. Dann kommen Sie noch zu mir und sagen, dass wir eine Basisförderung brauchen. Ich bin mit den Umweltbildungsstationen zusammengesessen. Allein der finanzielle Ansatz zeigt, dass man es im Prinzip mittlerweile ganz einfach hinbekommt, eine Basisförderung mit Ausfüllen von zwei Zetteln zu beantragen. Wer das nicht kann, weiß ich nicht. Wir haben den

Umweltbildungsstationen so oft die Hand gereicht, dass sich dort niemand beschwe-
ren kann. Die Mittelserhöhungen zeigen, dass wir das Thema sehr ernst nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, Frau Müller, wir waren bei den FÖJlern, und ich habe zuge-
sichert, mich zu kümmern. Das Thema ist ja nicht ganz so einfach. Es gibt ja nicht nur
das Freiwillige Ökologische Jahr; es gibt ja mehrere Freiwilligendienste. Was war mein
Auftrag? – Ich habe natürlich mit anderen Freiwilligendiensten und anderen Häusern
gesprachen. Wir haben noch keine Lösung, aber wir sind im Gespräch. Wir wollen den
FÖJlern natürlich helfen. Für ihre Dienstfahrten ist sowieso alles geregelt. Sie wollen
ja dauerhaft ein Ticket, damit sie immer mobil sein können; das verstehe ich. Aber ich
kann es natürlich nicht machen, wenn ich alle anderen Freiwilligendienste nicht genau
gleichstelle. Die anderen unterstehen nicht meiner Verantwortung; deshalb müssen
wir da noch weiter reden. Aber das Thema ist angekommen.

Rosi Steinberger hat das PFC-Monitoring angesprochen, und es heißt: Wir in Bayern
wissen es nicht. – Wir wissen es in der Wasserwirtschaft ganz genau, wie PFC an wel-
chen Stellen ins Wasser gelangt. Also zu sagen, das Monitoring funktioniert nicht, trifft
nicht zu. Bis jetzt ist es doch ganz anders. Frau Steinberger, ich werde Sie daran erin-
nern, zu sagen: An vielen Stellen ist die Bundeswehr der Auslöser dafür, dass wir am
Ende des Tages eine hohe – weil es Flugplätze sind – PFC-Belastung haben. Ich
freue mich, wenn Sie uns in Ihrer Verantwortung im Bund in Zukunft helfen, diese
PFC-Belastung endlich in den Griff zu kriegen. Zu sagen, wir würden das nicht ma-
chen, ist natürlich "sehr, sehr nett". Ich hoffe, dass ich jetzt Unterstützung erfahre, um
das Thema voranzubringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich am Ende bei den Regie-
rungsfraktionen, beim Landtag für die Unterstützung des Haushalts und beim Aus-
schuss für Umwelt und Verbraucherschutz herzlichst bedanken. Ich möchte mich bei

den Kolleginnen und Kollegen im Umweltministerium, in den Regierungen, in den Landratsämtern und im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bedanken. Sie haben beim Landesamt für Umwelt in den letzten Jahren einen Megajob gemacht. Mein Dank gilt auch Klaus Holetschek, weil wir gemeinsam für das LGL zuständig sind. Die Zusammenarbeit ist hervorragend. Ich bedanke mich bei der ANL und den Umweltbildungsstationen für die gute Zusammenarbeit.

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem: Nahezu 7.000 Frauen und Männer sind tagtäglich in Bayern für einen guten Umwelt- und Verbraucherschutz engagiert. Wir werden das gemeinsam auch in Zukunft stemmen. Herzlichen Dank für die Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, herzlichen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich dem Kollegen Patrick Friedl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Kollege Glauber, erstmal vorneweg: Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich über die neue Verteidigungsministerin freuen, dass Sie die Hoffnung haben, dass die Bundeswehr heute vielleicht anders agiert. Ich höre daraus, dass Sie unzufrieden damit sind, wie es in den letzten Jahren gelaufen ist.

Dann habe ich zu den Mooren eine Nachfrage. Moorschutz ist ein Langstreckenlauf. Sie stellen aber nur in Projektstellen ein. Wann können wir damit rechnen, dass wir aus der Projektstellenphase in die Feste-Stellen-Phase kommen? Wenn Sie Landwirte gewinnen wollen, geht es um Jahre, was Sie an Arbeit leisten müssen. Sie haben das selber betont.

Das dritte Thema ist für mich der Wasserschutz: Wie wollen Sie die Wasserwirtschaftsämter so gut aufstellen, dass sie die Aufgaben, die vor ihnen liegen, auch bewältigen können? Das betrifft die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die Umset-

zung von 400 Wasserschutzgebietsverfahren, welche im Moment nicht abgeschlossen sind, und dazu die Umsetzung des RZWas-Sturzflutrisikomanagements, wo es dringend nötig ist, dass die Förderungen auch schnell ausgereicht werden können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Friedl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Es gibt in diesem Haushalt 60 neue Stellen für die Wasserwirtschaft. Das ist ein Zuwachs. Natürlich könnten es immer noch mehr sein. Die Wasserwirtschaft hat auch in den letzten Jahren immer neue Herausforderungen auferlegt bekommen. Das muss man ganz klar sagen. Die Kolleginnen und Kollegen geben tagtäglich ihr Bestes.

Ich sage mal so: Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass wir eine Pandemie bewältigen müssen? Da werden Dinge neu geordnet und komplett neu bestellt. So ist es natürlich auch in einer verantwortlichen Staatsregierung. Wir müssen schauen, dass wir die Dinge der Reihe nach abarbeiten. 60 neue Stellen sind schon mal etwas. Wir ringen gerade gemeinsam darum, die Stellen mit einem kw-Vermerk auflösen zu können.

Dann gibt es natürlich auch die Frage nach Projektstellen und dauerhaften Stellen. Auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wir als Freistaat sind immer angehalten und wollen Projektstellen immer in dauerhafte Stellen überführen. Das machen wir sukzessive. Das geht immer dann, wenn die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Natürlich wollen wir die jungen Kolleginnen und Kollegen auch dauerhaft beim Freistaat beschäftigen, weil der Freistaat ein guter Arbeitgeber ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21398, 18/21407 mit 18/21410, 18/21425 mit 18/21448, 18/21459 mit

18/21482 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/21905.

Es folgen nun die Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form. Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gegen geplante Obsoleszenz I" auf der Drucksache 18/21476 abstimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Gegen geplante Obsoleszenz II" auf der Drucksache 18/21477. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/21905 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den

bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP. Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 21)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/21905 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/21459 bis 18/21472 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (GAB)
(Kap. 12 77 Tit. 683 81)
Drs. 18/21398
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Freie Fahrt für Freiwillige: Erstattung eines ÖPNV-Tickets im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ)
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 18/21407
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: „Agenten für Nachhaltigkeit“: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/21408
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Gründung eines Bayerischen Moorzentrums – für wirksamen Klimaschutz in Bayern
(Kap. 12 04 neue TG)
Drs. 18/21409

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderung des Katzenschutzes und Unterstützung der Tierschutzorganisationen in besonderen Notsituationen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/21410
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
(Kap. 12 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/21425
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz
(Kap. 12 01 neuer Tit.)
Drs. 18/21426
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Verwaltungskostenpauschale für Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/21427
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21428
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/21429
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Moorrenaturierung
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/21430

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/21431
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Förderprogramm Plastikvermeidung
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/21432
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/21433
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einrichtung einer Moorschutzagentur
(Kap. 12 04 neue TG)
Drs. 18/21434
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/21435
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/21436
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Abfederung coronabedingter Notlagen der Tierheime und Tierschutzvereine
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/21437

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Ultrafeinstaubmessungen am Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 18/21438
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik sowie anderen anthropogenen Spurenstoffen auf die Gewässerökologie
(Kap. 12 09 TG 76)
Drs. 18/21439
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: PFC-Monitoring der Umwelt
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21440
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Einführung eines Bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21441
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Kartierung windkraftsensibler Großvögel
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/21442
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/21443
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Personalausstattung der Regierungen (Lebensmittelchemikerinnen bzw. Lebensmittelchemiker)
(Kap. 12 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/21444

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 18/21445
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Stellen für den Bereich Klimaanpassung an den Regierungen
(Kap. 12 31 neuer Tit.)
Drs. 18/21446
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/21447
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21448
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/21473
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21474
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagenoffenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/21475

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz I
(Kap. 12 03 neue TG)
Drs. 18/21476
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Gegen geplante Obsoleszenz II
(Kap. 12 03 neue TG neuer Tit.)
Drs. 18/21477
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Klimadialog und Klimaschutzpreise
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 18/21478
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landfill Mining
(Kap. 12 04 TG 78-79 neuer Tit.)
Drs. 18/21479
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/21480
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 18/21481
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2022;
hier: Fischaufstiegsanlagen an Wasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/21482